# DER GRÖSSTE BÜRGERLICHE ERFOLG DER LEGISLATUR: DIE JÜNGSTE STEUERREFORM

**Wahltag ist Zahltag. Am 20. Oktober ist es wieder so weit. Neu bestellt werden dann sowohl der Grosse Rat als auch die Regierung. Im Grossen Rat halten Bürgerliche weit über die Hälfte aller Mandate. Doch was sprang dabei in dieser Legislatur heraus?**

MATHIAS KÜNG

Bei welchen wichtigen Vorlagen im Grossen Rat hat die Zusammenarbeit zwischen den drei grossen traditionellen bürgerlichen Parteien SVP, FDP und Mitte geklappt, wo nicht? Und wie könnte man diese Zusammenarbeit verbessern?

Diese Fragen erörterten wir mit den Fraktionspräsidenten dieser drei Parteien im Grossen Rat. In der Einschätzung von Gelungenem und Misslungenem sind sie sich in vielem einig. Auf der Suche nach Gründen für Misslungenes gehen die Positionen auseinander. Es gibt aber auch Vorschläge für bessere Zusammenarbeit.

### Désirée Stutz: Wo die bürgerliche Zusammenarbeit klappte

Wo funktionierte die Zusammenarbeit aus der Sicht von Désirée Stutz, Fraktionspräsidentin der SVP? Sie nennt die deutlich milder ausgefallene Neuauflage des Energiegesetzes. Dessen erste Auflage war in der Volksabstimmung 2020 am vehementen Widerstand der SVP hauchdünn gescheitert.

Einig waren sich im Grossen Rat die SVP, die FDP, die Mitte (und die GLP) laut Stutz in der Ablehnung der Volksinitiative «Klimaschutz braucht Initiative!». Diese hätte verlangt, jährlich an mindestens drei Prozent der Gebäude energetische Erneuerungen zu unterstützen. Sie wurde 2023 vom Volk mit 67,9 Prozent Nein-Stimmen deutlich verworfen.

### «Es braucht auf jeden Fall weitere Steuersenkungen»

Als grössten Erfolg nennt Désirée Stutz die jüngste kantonale Steuergesetzrevision. Damit wurde die Gewinnsteuer für ertragsstarke Unternehmen gesenkt. Und der Pauschalabzug für Versicherungsprämien und Sparkapitalzinsen stieg um 50 Prozent. Für Désirée Stutz ist aufgrund der aktuell guten Situation des Kantonshaushalts klar, dass es «auf jeden Fall weitere Steuersenkungen braucht».

Nicht geklappt habe es mit der Zusammenarbeit bei den Budgets, so Stutz weiter. Das Budget 2024 wurde von der FDP und der Mitte gutgeheissen, von der SVP abgelehnt. Stutz kritisiert: «Wir haben in dieser Legislatur überhaupt nichts gespart. Die SP muss in der Budgetdebatte nicht einmal Erhöhungsanträge stellen, sondern bloss versuchen, Kürzungen zu verhindern.»

Ein grosser Wermutstropfen ist für die SVP-Fraktionspräsidentin, dass bei der Beratung über das Polizeigesetz die Zusammenarbeit in der Debatte über fest installierte Blitzer (ausgehend vom umstrittenen Rotlichtblitzer in Baden) nicht funktionierte. SVP und FDP wollten das verhindern, wurden aber überstimmt. Bei der Überweisung der Motion als Postulat war die CVP (heute Die Mitte) noch fast einstimmig dafür. Stutz: «Danach sind sie gekippt und haben fix installierte Blitzer zugelassen und die Umsetzungslösung abgelehnt, die der Regierungsrat, gestützt auf das Postulat, ausgearbeitet hat.»

### Ringen um Familienzulagen ist noch nicht vorbei

Bei Drucklegung dieser Ausgabe der «Aargauer Wirtschaft» war das Geschäft über eine Erhöhung der Familienzulagen politisch noch nicht ganz erledigt. Es zeichnete sich jedoch nach der ersten Beratung vor den Sommerferien eine massive Erhöhung gegenüber dem Antrag des Regierungsrats ab. Die SVP will keine Erhöhung. Stutz: «Die geplante Erhöhung bringt gerade dem Gewerbe im Kanton extrem höhere Kosten.»

### Silvan Hilfiker: Bei Familienzulagen auf schiefem Weg

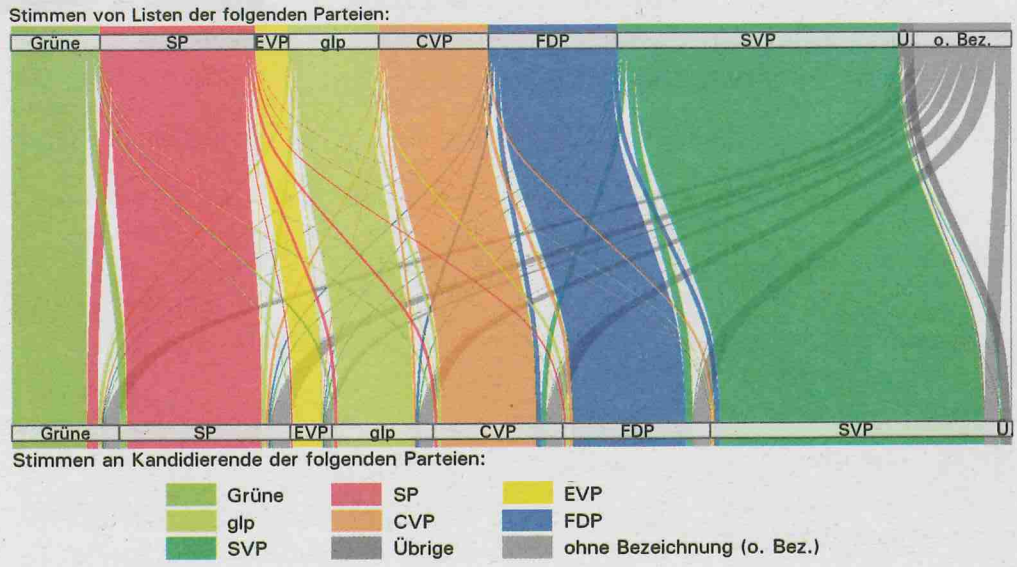
Wo verlief die Zusammenarbeit aus der Sicht des FDP-Fraktionspräsidenten Silvan Hilfiker gut, wo nicht? Als Erstes nennt er die Steuergesetzrevision, die Zweitauflage des kantonalen Energiegesetzes und die neue gesundheitspolitische Gesamtplanung, ebenso die gemeinsame Ablehnung eines SP-Mindestlohnvorstosses.

Auf einem schiefen Weg ist man gemäss ihm bei den geplanten höheren Familienzulagen. Im Aargau werden derzeit monatlich 200 Franken pro Kind und Ausbildungszulagen von 250 Franken für Jugendliche ab 16 Jahren ausbezahlt. Das entspricht den bisherigen bundesrechtlichen Mindestansätzen.

### Regierungsvorschlag hätte 15 Millionen Franken jährlich gekostet

Ausgehend von einem vom Grossen Rat überwiesenen Postulat der SP-Fraktion schlug der Regierungsrat Anfang Mai eine Erhöhung um 10 Franken auf

G1 Panaschierverhalten, 2020




Übrige: FFF, LOVB und PPAG

©Statistik Aargau

210 (Kinderzulage) beziehungsweise 260 Franken (Ausbildungszulage) vor. Das würde die Unternehmen und die Selbstständigerwerbenden, die dafür aufkommen, jährlich 15 Millionen Franken mehr kosten. Eine Erhöhung um je 30 Franken würde mit knapp 49 Millionen Franken zu Buche schlagen. Was die SP will, würde laut Regierungsratsbotschaft gar 114 Millionen Franken kosten.

Im Mai folgte «der Hammer» aus der Kommission für Gesundheit und Sozialwesen. Sie sprach sich knapp mehrheitlich für eine Anhebung um monatlich sogar je 40 Franken aus.

**Ergebnis der ersten Beratung: Je 25 Franken mehr pro Monat**

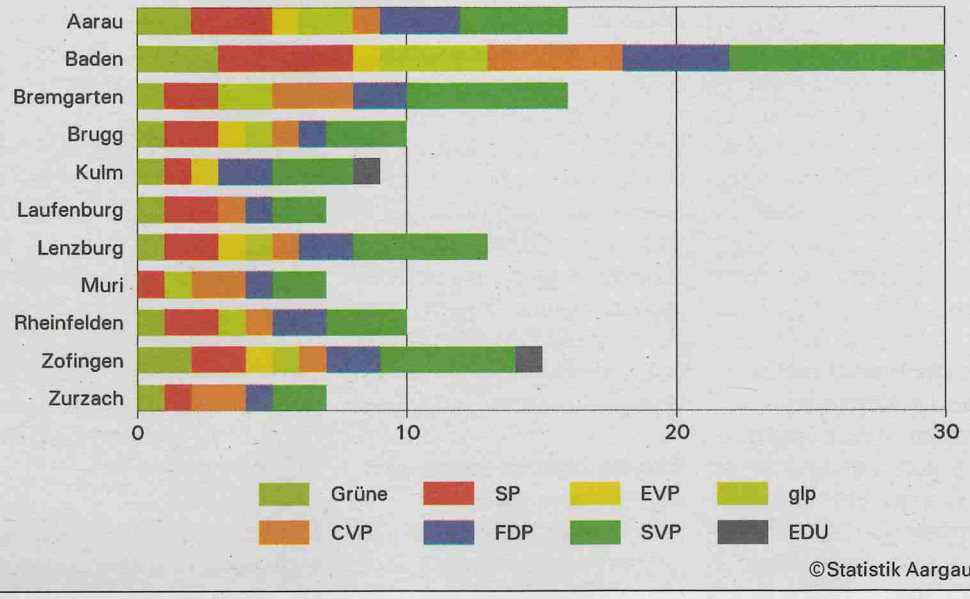
Im Grossen Rat setzte sich in erster Lesung vor den Sommerferien ein Kompromissvorschlag der Mitte durch: eine Erhöhung um je 25 Franken. «Mit 10 Franken mehr könnten wir leben, mit einer derart massiven Erhöhung habe ich aber Mühe, das trifft die Unternehmerinnen und Unternehmer ganz direkt», sagt Hilfiker kopfschüttelnd mit Blick zurück auf die Debatte. Hier sei die Mitte als Familienpartei wohl mit Blick auf den Wahlkampf links abgebogen, kritisiert der FDP-Fraktionspräsident.

Der Rat hiess aber einen FDP-Prüfungsantrag gut, wonach der Regierungsrat für die zweite Beratung aufzeigen muss, wie sich die Erhöhung der Familienzulagen um 10, 25 und 40 Franken auf die Aargauer Wirtschaft auswirkt.

**Bundesrat legt neues Minimum fest: 215 beziehungsweise 268 Franken**

Ende August, gerade noch vor Redaktionsschluss, hat sich die Ausgangslage bei diesem Geschäft allerdings geändert, indem der Bundesrat die Kinderzulage per Anfang 2025 um 15 auf minimal 215 und die Ausbildungszulage um 18 auf minimal 268 Franken erhöht hat. Die Zulagen steigen also im Aargau in jedem Fall. Die Frage bleibt, ob um so viel, wie in der ersten Beratung beschlossen wurde, oder nicht.

G4 Anzahl Grossratsmitglieder nach Bezirk und Partei, 2020




**Hilfiker: Eher zufälligere bürgerliche Zusammenarbeit**

Zurück zur bürgerlichen Zusammenarbeit: Silvan Hilfiker erkennt insgesamt «keine gute, sondern eher eine zufälligere bürgerliche Zusammenarbeit als früher». Er sieht mehr Themen, in denen die Zusammenarbeit nicht klappt als umgekehrt. Als Beispiele nennt er den Ombudsmann (den die FDP nicht wollte und über eine mittels Behördenreferendum erzwungene Volksabstimmung schliesslich verhinderte), das Thema Strommarktliberalisierung und ebenfalls das neue Polizeigesetz oder die integrative Schule, welche die FDP als gescheitert betrachtet. Hilfiker: «Hier stimmt die Mitte mit der Linken.»

Wie könnte man die Zusammenarbeit verbessern? Hilfiker: «Bei wirklich wichtigen Themen müssen wir vor den Kommissionssitzungen miteinander reden und uns absprechen. So wie wir es beim Klimaartikel oder beim Energiegesetz gemacht haben. Dafür fehlt leider insbesondere neuen Ratsmitgliedern, die besser eingeführt werden müssen, die Erfahrung. Oft fehlt aber schlicht die Zeit dafür.»

**Alfons Paul Kaufmann: Bei Familienzulagen ziemlich am Schluss**

Wie die SVP und die FDP stuft der Fraktionspräsident der Mitte, Alfons Paul Kaufmann, die jüngste Steuergesetzrevision als den grössten Erfolg ein. Als erfolgreich sieht er die Zusammenarbeit mit der SVP und Teilen der FDP im für das Gewerbe besonders wichtigen Beschaffungswesen, wo sie sich gegen die Regierung durchgesetzt haben.

Nicht geklappt hat es mit der Zusammenarbeit aus seiner Sicht beim Polizeigesetz. Die Mitte konnte sich hier mit der Beibehaltung des dualen Polizeisystems durchsetzen. Zur Kritik von Désirée Stutz an der Mitte zum Rotlichtblitzer sagt Kaufmann, er finde, das sei Sache der Gemeinde, nicht des Kantons. Auch zur integrativen Schule steht die Mitte anders als die FDP und die SVP.

Dass diese Parteien im Ringen um die Familienzulagen auseinanderdriften, sieht Kaufmann, aber: «Der Aargau steht bei den Familienzulagen im kantonalen Vergleich ziemlich am Schluss. Es braucht einen Ausgleich, die Spiesse sind derzeit ungleich lang. Eine gewisse Differenz, zum Beispiel zum Kanton Basel-Stadt, wo die Kinderzulage 275 Franken beträgt (Aargau 200), wird bestehen bleiben. Basel-Stadt gleicht dem Partner, der seinen Arbeitsort im Kanton Basel-Stadt (Novartis) hat, einer im Fricktal wohnenden Arbeitnehmerin mit Arbeitsort im Fricktal die fehlenden 75 Franken aus, weil der Kindergeldabzug im Wohnkanton geltend gemacht werden muss. Nun profitiert der Aargau beim interkantonalen Finanzausgleich von Geldern aus Basel-Stadt. Ich finde, wir müssen bei den Familienzulagen eine gewisse Solidarität zeigen.»

**Nach Bundesratsentscheid: Kein neuer Antrag über Beschluss der ersten Lesung hinaus**

Nach dem Bundesratsentscheid zu den Familienzulagen sagt er, in seiner Ausführung im Rat habe er die Teuerung bereits einbezogen. 200 Franken plus 15 Franken Teuerungsausgleich gemäss Bundesrat und die Erhöhung im Grossen Rat von 25 Franken ergäben neu 240 Franken bei der Kinderzulage. Bei der Ausbildungszulage, die bisher 250 Franken betrage, komme gemäss Bundesrat ein Teuerungsausgleich von 18 Franken hinzu. Zusammen mit der vom Grossen Rat beschlossenen Erhöhung von 25 Franken ergebe das 293 Franken.

Seine Fraktion werde jedoch über den Beschluss der ersten Lesung hinaus keinen neuen Antrag stellen, sagt Kaufmann, «denn das war von der Mitte ein Vorschlag, der in der Mitte der Forderungen von rechts und links stand und eine gewisse Solidarität mit den Geberkantonen, insbesondere Basel-Stadt, darstellt. Die Mitte macht sich ausserdem Gedanken darüber, ob in Zukunft nicht auch die Arbeitnehmer einbezogen werden sollten.»

Wie beurteilt er die bürgerliche Zusammenarbeit, auch angesichts des FDP-Vorwurfs, die Mitte stimme bei gewissen Themen mit der politischen Linken. Die Mitte finde in vielen Fragen, zum Beispiel bei Steuern, einen Konsens mit rechts, in sozialpolitischen Fragen aber eher einen Konsens mit links, antwortet Kaufmann. Man informiere die anderen Bürgerlichen aber vorher und sage, wo man uneinig sei.

### «Langer Wahlkampf verhindert manche Lösungen»

«Wir haben immer noch einen guten Austausch untereinander», ist der Mitte-Fraktionspräsident überzeugt. Für Lösungen sei es aber nicht förderlich, dass sich der Wahlkampf in manchen Köpfen immer länger hinziehe: «Das macht es oft schwierig, sich auf Lösungen zu einigen, die auf dem Tisch liegen.»

Kaufmann schlägt vor, wie einige andere Kantone die nationalen und kantonalen Wahlen im selben Jahr durchzuführen: «Dann haben wir pro Legislatur ein Jahr weniger Wahlkampf.»

Ebenso sieht er im Parlament Verbesserungspotenzial. Unter dem Spardruck gebe es weniger Sitzungen als früher. Man sehe sich zu wenig. Hinzu komme fast in jeder Sitzung ein Rücktritt oder gar mehr: «Hier fehlt bei gewissen Geschäften der nötige Austausch.»

### Kaufmann: Erschreckend zunehmende Clankriminalität angehen

Er schlägt mehr Anlässe ausserhalb des Rats vor, zum Beispiel Jassen, wo man sich überparteilich besser kennenlernen könne und sehe, mit wem man parteiübergreifend Lösungen finden könne, «statt einfach Rechts-links-Politik zu betreiben». Es gebe genügend Probleme, die parteiübergreifend anzupacken seien, «zum Beispiel die erschreckend zunehmende Clankriminalität im Aargau. Hier gilt für mich nur eines: alle ins Boot!»

### Jüngste Steuergesetzrevision zeigt positive Wirkung

Hier wurde wiederholt dargelegt, die jüngste Steuergesetzrevision sei der grösste bürgerliche Erfolg der Legislatur. Die Vorlage war von den Bürgerlichen (inkl. EDU und Grünliberale) gegen vehementen Widerstand von links beschlossen und 2022 in der Volksabstimmung mit 56,8 Prozent Ja-Stimmen gutgeheissen worden. Doch wie ist sie unterwegs?

Die Gegner befürchteten grosse Verluste bei den Gewinnsteuern. Doch heute steht der Kantonshaushalt sehr gut da. Die Steuereinnahmen natürlicher Personen entwickeln sich erfreulich. Statt eines Defizits erwartet der Regierungsrat für 2024 nach heutiger Einschätzung mindestens ein ausgeglichenes Jahresergebnis – auch ohne SNB-Millionen. Das wäre der achte positive Rechnungsabschluss in Folge.

### Kanton hat eine Reserve von knapp einer Milliarde Franken

Der mittlerweile schuldenfreie Kanton hat in seiner Ausgleichsreserve fast eine Milliarde Franken. Auf bürgerlichen Druck plant der Regierungsrat eine Gesetzesvorlage, «um einmalige Überschüsse bei guter Finanzlage an die Steuerzahlenden» zurückzugeben. Das reicht der FDP nicht. Sie will in der Budgetdebatte mindestens eine dreiprozentige Senkung des Kantonssteuerfusses verlangen. Auch die SVP will weitere Steuersenkungen, die Mitte zeigte sich im Communiqué mit dem Regierungsvorschlag zufrieden.

### Tiefere Gewinnsteuer hat erste positive Wirkung

Nun wirkt sich eine Senkung der Unternehmensgewinnsteuern verzögert aus. Ab dem Rechnungsjahr 2022 – also nach Inkrafttreten der Steuersenkung am 1. Januar 2022 – zeigen sich dynamische Effekte. In welcher Höhe und zu welchem Zeitpunkt sei allerdings äusserst schwierig festzustellen, sagt Finanzdirektor Markus Dieth.

Die Jahresprognose 2024 kann im Vergleich zum Budget 2024 deutlich nach oben korrigiert werden, «weil erstens einzelne Firmen unerwartet aufgrund ihrer guten Geschäftslage sehr hohe Gewinne erwirtschaften und zweitens unsere allgemeine Prognose betreffend Gewinnentwicklung der Firmen etwas optimistischer ausfällt als bisher», so Markus Dieth weiter. Ein Teil der Steigerung sei auf dynamische Effekte zurückzuführen.

Für 2025 bis 2028 «gehen wir von einem kleinen Wachstum der Gewinne aus, und der Steuerfussabtausch mit den Gemeinden läuft in diesem Jahr aus, wodurch die Steuererträge steigen», so der Finanzdirektor.

### Es lohnt sich, Gewinne im Aargau zu realisieren

Markus Dieth bestätigte schon bei der Präsentation des Budgets 2025 im August erste positive Folgen der Steuerreform. Zum «Teich, in dem gefischt wird», gehöre überdies der Raum Zürich. Man sehe, dass die Gewinnsteuern im Aargau nach der Senkung von 18,6 auf 15,1 Prozent jetzt rund 20 Prozent tiefer seien und dass es sich lohne, Gewinne im Aargau zu realisieren. Deswegen müsse man nicht unbedingt den Firmensitz verlegen.

Dieth sagte weiter: «Wir sehen bereits Effekte, dass Firmen jetzt teilweise sehr viel mehr Gewinn bei uns versteuern.» Im Gespräch mit dem Steueramtsvorsteher hätten diese den Zusammenhang mit der Gewinnsteuersenkung bestätigt. Vor der Volksabstimmung sei kritisiert worden, ob die vom Kanton erwarteten dynamischen Effekte tatsächlich einträfen. Aufgrund des Steuergeheimnisses dürfe ihm der Steueramtsvorsteher nicht sagen, welche Firmen das betreffe. Aber, so Dieth: «Wir sind natürlich nicht unglücklich, dass sich solche dynamischen Effekte jetzt tatsächlich abzeichnen.»

